Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 424. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. **Donnerstag, den 11. September 1862.**

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Weimar, 10. Sept. In der heutigen Sitzung des volkswirthschaftlichen Kongresses wurde der Antrag Kolbs auf Verwendung der stehenden Heere in Volksheere angenommen, dagegen der Gegenantrag Lette's auf Verweisung an die Deputation abgelehnt. In die neue ständische Deputation wurden gewählt Braun, Lette, Schulze, Faucher, Wirth, Böhmert.

Weimar, 10. Sept. In der heutigen Sitzung des volkswirthschaftlichen Congresses lud Garnier-Pages im Namen des internationalen Congresses den volkswirthschaftlichen Congreß nach Brüssel ein. Derselbe sprach unter Beifall der Versammlung gegen die stehenden Heere, gegen den Krieg und für Verbrüderung der Völker durch friedlichen und wissenschaftlichen Wetteifer; es wurde ihm der Dank des Congresses votirt. Ein Antrag, der sich gegen den mecklenburgischen Grenzzoll erklärt, wurde angenommen.

Paris, 10. Sept. Nach Berichten aus Madrid vom gestrigen Tage dementirt die „Correspondencia" die Behauptungen der „France" und des „Pays" bezüglich der Haltung Spaniens in der mexicanischen Angelegenheit.

Turin, 9. Sept. Nach der „Italie" haben die Truppen bei der Affaire von Aspromonte 5 Todte und 25 Verwundete gehabt. Die Zahl der Verwundeten bei den Garibaldianern belief sich auf 20; die der Todten ist nicht bekannt.

Belgrad, 10. Sept. Die Schlußresultate der in Konstantinopel stattgefundenen Conferenzen sind hier auf telegraphischem Wege bekannt geworden. Die Türken geben die Festungen Sokol und Uschiza auf, behalten die Donaufestungen, besetzen aber nur die Festung in Belgrad. Die türkischen Einwohner verlassen mit Entschädigung die Stadt. Der Festungsrayon wird erweitert; die Feststellung der Entschädigungssumme für die bisher im Festungsrayon Wohnenden wird den streitenden Parteien überlassen. Die Kriegsaussichten sind geschwunden, die Stimmung ist eine ruhige.

Kopenhagen, 9. Sept. „Faedrelandet" theilt mit, daß, dem Vernehmen nach, die Königin Victoria beim Prinzen Christian von Dänemark officiell um die Hand der Prinzeß Alexandra für den Prinzen von Wales angehalten habe.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

Achtzehnte Sitzung des Herrenhauses (10. Sept.).

Präsident Graf Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr. Am Ministertische: Graf v. Itzenplitz, Graf zur Lippe, v. Holzbrinck, v. d. Heydt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Justiz-Commission über den Gesetzentwurf wegen Abänderung des Artikel 10 des Gesetzes vom 2. März 1850, wegen Ergänzung und Abänderung der Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 und des § 15 der Gemeinheitstheilungs-Ordnung für die Rhein-Provinz vom 19. Mai 1851. Die Commission stimmt dem Beschlusse des andern Hauses, nämlich der sechsjährigen Frist, binnen welcher der Ablösungsverpflichtete gehalten sein soll, die auf dem Berechtigten überwiesenen Forstlande befindlichen Holzbestände abzuräumen, nicht zu. Seitens der Regierung ist der Commission erklärt, sie lege Gewicht darauf, daß die Festsetzung einer Frist für die Abräumung des Holzes und daher daß die einer sechsjährigen Frist nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses unerheblich; die Motive, welche den Wegfall der dreijährigen Frist nach den gemachten Erfahrungen als angemessen erscheinen ließen, fänden in gleichem Maße auch bezüglich der sechsjährigen Frist in einzelnen Fällen völlige Anwendung; der Zweck des Gesetzes könne nur erreicht werden, wenn von jeder Fristbestimmung Abstand genommen werde." Durch die Regierungs-Commissarien und durch einzelne Mitglieder der Commission sind mehrere factisch stattgefundene Fälle solcher Auseinandersetzungen vorgetragen, bei welchen durch die bestehende Fristbestimmung dem Verpflichteten sehr große Nachtheile erwachsen sind, welche mehr oder weniger auch bei Festsetzung einer sechsjährigen Frist eingetreten sein würden; dies stelle sich auch in national-ökonomischer Beziehung als ungerechtfertigt dar.

Nach einer kurzen Wiederholung dieser Motive durch den Berichterstatter Hrn. Grodded, dem der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten (unter Berufung zugleich auf die Commission des andern Hauses) beistimmt, wird der Gesetzentwurf mit Ausnahme des Passus über die sechsjährige Frist nach den Beschlüssen des andern Hauses angenommen.

Folgt der Bericht der Justiz-Commission über den Gesetzentwurf wegen Beförderung gerichtlicher Erlasse durch die Post. Die Commission beantragt Zustimmung zu den Beschlüssen des andern Hauses. Nachdem der Justiz-Minister bemerkt, daß es in Bezug auf den Giltigkeitstermin statt „vom 1. Septbr. an" heißen müsse „fortan" — eine Bemerkung, der der Ref. Hr. Grodded beistimmt — wird der Gesetzentwurf mit dieser Abänderung angenommen.

Den Gesetzentwurf wegen des Orts-Briefbestellgeldes hat die Commission der Zustimmung des Hauses empfohlen, mit der Maßgabe jedoch, daß die in der Vorlage zum 1. September d. J. vorgesehene Aufhebung des Orts-Briefbestellgeldes mit Publikation des Gesetzes eintreten soll, da inzwischen der erste September schon vorüber ist. Der Referent Herr v. Brünken entwickelt kurz die Gründe für Aufhebung des Ortsbestellgeldes; der finanzielle Ausfall sei nicht so bedeutend, wie nach den Motiven zu erwarten sei. — Herr v. Meding (gegen den Commissionsantrag) hält im Allgemeinen die Abschaffung des Bestellgeldes für wünschenswerth, glaubt aber, daß man bei der dermaligen Finanzlage des Landes und der Nothwendigkeit steigender Ausgaben und Abgaben des Staats auf eine immerhin nicht unerhebliche Einnahme, wie die aus dem Briefbestellgelde, nicht verzichten könne. Dazu komme aber, daß das Gouvernement des Königs im Besitz der Einnahme bleibe, die es einmal fest habe. Denn wir gingen einer Krisis entgegen, welche die wichtigsten Institutionen des Landes, die Armee und ihre Existenz gefährde. Deshalb sei gerade in dem jetzigen Augenblick ein Festhalten aller Einnahmen nöthig, wenn auch die Rücksicht erheblich ins Gewicht falle, daß das hohe Haus das Gouvernement möglichst durch unbedingte Annahme aller seiner Vorlagen stützen müsse. Er bitte deswegen, das Gouvernement möge den Gesetzentwurf erst nach einiger Zeit wieder vorlegen (Bravo.).

Hr. Baumstark: Der Vorredner habe ihn von der Wichtigkeit seiner Besorgnisse nicht überzeugt; derselbe sei fiskalischer, als der Hr. Finanzminister, und gouvernementalischer als das Gouvernement. Er habe zu diesem Ministerium das Vertrauen, daß es zu der Gesetzesvorlage im volkswirthschaftlichen Interesse und in der Ueberzeugung von deren finanzieller Ungefährlichkeit veranlaßt sei. Jede, auch die geringste Erleichterung des Postverkehrs, namentlich des Briefportos sei stets von einer Vermehrung der Staatseinnahme gefolgt gewesen. — Es habe ihm leid gethan, daß der Vorredner bei dieser nicht politischen, unschuldigen finanziellen Frage, die Militärfrage mitberührt habe; er wolle ihm auf dies Gebiet nicht folgen, um an dieser Stelle politische Parteien, die nicht mit der des Vorredners übereinstimmten, gegen den ungerechtfertigten Vorwurf in Schutz zu nehmen, als wollten sie die Armee oder die Staatsregierung gefährden. — Gegen die Besorgniß, daß durch Aufhebung des Bestellgeldes die Pünktlichkeit der Briefbestellung leiden oder letztere gar theilweis unterbleiben könne, werde eine geeignete energische Haltung der Postbehörde gegenüber den betreffenden Unterbeamten hinlänglichen Schutz gewähren. Alle sonstigen, gegen das Gesetz geltend gemachten Gründe seien bei allen früheren Portoermäßigungen gleichfalls hervorgehoben worden und hätten sich durch die praktischen Erfolge als unbegründet erwiesen. Es handle sich ja übrigens nur um Aufhebung des Ortsbriefbestellgeldes, welches von dem Landbriefbestellgelde, einem wirklichen Porto, wohl zu unterscheiden sei. — Die Maßregel empfehle sich endlich durch die Rücksicht auf die Nachbarstaaten, in denen ein Bestellgeld nicht existire. Bei dem Postvertrage mit England habe deshalb nachgegeben werden müssen, daß die Hälfte des Briefbestellsechsers an England herausgezahlt werde.

Bei einer großen politischen Frage möge die Majorität dieses Hauses, der er bekanntlich nicht angehöre, sich in principiellen Gegensatz zu dem andern Hause setzen, aber sich in einer so unbedeutenden, rein finanziellen, volkswirthschaftlichen Frage in principiellen Widerspruch nicht nur mit dem andern Hause, sondern auch mit der „geliebten" Staatsregierung setzen, das könne er nicht für großartig, das müsse er für klein halten. Man möge diese Worte nicht von der komischen Seite auffassen, wie die Haltung des Hauses anzudeuten scheine, sonst könne es kommen, daß auch das Komische an der Sache sich geltend mache, und der Sechser den Namen des „Herrenhaussechsers" im Volke erhalte. Er bitte um Annahme der Vorlage. — Handelsminister v. Holzbrinck: Die Erwägungen der Regierung hätten darin beruht, daß die Regierung die Erleichteruugen nicht mit einemmale eintreten lassen wolle, sondern erst innerhalb vier Jahren. Die Regierung gebe sich der Hoffnung hin, daß der Ausfall nicht so bedeutend sei, und für diese Annahme spreche die Erfahrung. — Er betrachte das Briefbestellgeld nicht als eine Steuer, und somit führe der Unterschied zwischen Stadt und Land nicht zu einer Steuerungleichheit. Sei der Ausfall nicht ein sehr erheblicher, so beabsichtige die Regierung die Erleichterung auch für das Land eintreten zu lassen. — Hr. v. Senfft-Pilsach tritt den Ausführungen des Hrn. v. Meding bei: Er hätte erwartet, daß Hr. Baumstark für sein neues Vaterland Preußen so viel Patriotismus haben würde, wie der Herr Minister. Er (Redner) könne den Städtern nicht ein Geschenk machen in einer Zeit, wo für die Armee nicht das genügende Geld vorhanden sei. Vor 1848 sei die Finanzlage des Staates eine weit bessere gewesen, als heute, wo man 8 Millionen mehr zur Tilgung der Schulden gebrauche, als damals. Aus den Communalsteuern würden viele Ausgaben bestritten, die nicht nothwendig seien. (Redner weist dabei hin auf die Casino's, Schießhäuser, Theater, auf die vielen Feste der Turner, Sänger, die Ausgaben für den Nationalverein u. dgl.) — Die königl. Steuern würden nicht so verwendet. Er wundere sich, daß Herr Baumstark die Städte befreien wolle und das Land nicht, während er ihn doch für einen Vertheidiger der Verfassung halte.

Der Redner geht auf die Armeefrage zurück: Man wolle keine ordentliche Armee mehr, sondern unorganische Massen; man wolle keine Kadettenhäuser mehr, die uns vortreffliche Offiziere liefern, man wolle die dreijährige Dienstzeit abschaffen. Er komme soeben aus Frankreich (Heiterkeit); dort seien alle Zeitungen voll von Spott darüber, daß man in Preußen darauf ausgehe, die Armee zu schwächen; die französischen Truppen machten jetzt einen frischen Eindruck. (Der Präsident unterbricht den Redner mit leiser Stimme und bittet ihn, nicht so speciell auf die Militärfrage einzugehen.) Der Redner schließt mit der Erklärung, daß er gegen das Gesetz stimmen werde. — Reg.-Comm. Philippsborn: Es seien drei Bedenken gegen das Gesetz geltend gemacht: Die Sicherheit in der Bestellung würde leiden, die Finanzlage des Landes gestatte den Wegfall des Bestellgeldes nicht, die Aufhebung des Orts-Briefbestellgeldes involvire eine Ungleichheit gegenüber dem flachen Lande. Diese, zum Theil sich widersprechenden Bedenken seien sämmtlich unbegründet. Das Bestellgeld sei nicht eingeführt zur Sicherung der Bestellung, sondern zur Bestreitung der Kosten für Hilfsboten zu einer Zeit, als die Postverwaltung ihre Pflicht, die Briefe ins Haus zu schicken, noch nicht anerkannte. Preußen werde schließlich mit Erhebung des Bestellgeldes isolirt dastehen, die Postverwaltung sei ebenso zuverlässig und sicher, als irgend eine andere. — Richtig sei, daß das von englischen Briefen erhobene Bestellgeld zur Hälfte zurückvergütet werden müsse, und daß das Bestellgeld einer weiteren Ausdehnung von Postverträgen und der weiteren Herabsetzung des Portos hindernd in den Weg trete. — Die Anschläge über die finanziellen Folgen der Maßregel seien mit großer Sorgfalt aufgestellt worden; der Ausfall betrage nicht mehr als 635,000 Thlr.

Nicht die Wohlhabenden, sondern gerade die minder wohlhabenden Klassen würden von dem Bestellgeld betroffen, die, welche keine Bedienten, keine Handlungslehrlinge hätten, um sich die Briefe holen zu lassen. Von einem Geschenk an die Wohlhabenden könne also nicht die Rede sein. Die Postverwaltung sei der Meinung, daß nicht nur der Ausfall blos ein vorübergehender sei, sondern daß sogar eine erhebliche Steigerung der Einnahmen eintreten werde, wie dies bei allen Verkehrserleichterungen in Preußen stets der Fall gewesen. Man dürfe nicht, um die Postverwaltung zu einer nur anscheinend ergiebigeren Finanzquelle zu machen, der Entwickelung des Verkehrs hinderlich sein. Vor weiterer Ermäßigung des Portos müsse die antiquirte Bestellgebühr beseitigt werden; deren Mißverhältniß steige mit der Reform des Portos selbst. Durch Verwerfung der Maßregel werde diese aber auf Jahre hinaus brach gelegt. — Was endlich das Landbriefbestellgeld betreffe, so sei mit dessen Ermäßigung consequent vorgegangen worden, in vier Jahren werde man so weit sein, daß es nicht höher sei, als das jetzige Ortsbriefbestellgeld; auf die allmähliche Abschaffung werde möglichst hingewirkt werden. Die Postverwaltung betrachte die Maßregel als einen nothwendigen Fortschritt, die Erleichterung des Verkehrs als eine dauernde, den finanziellen Verlust als vorübergehend.

Finanzminister v. d. Heydt: Ueber die Zweckmäßigkeit der Vorlage habe er dem Vortrage des Regierungs-Commissars nichts hinzuzufügen; die Bedenken der Minorität der Commission könne er nicht theilen. Was die Hinweisung auf das Deficit anlange, so komme in Betracht, daß sich gegenwärtig ein höherer Ueberschuß bereits herausstelle. Die Voranschläge für 1863 seien wie immer mit einer solchen Vorsicht gemacht, daß jährlich im gewöhnlichen Laufe der Dinge sich ein Mehr-Ueberschuß ergeben seit einer Reihe von Jahren von durchschnittlich etwa 4 Millionen. Nach den Grundsätzen, nach denen der Etat für 1863 aufgestellt sei, könne man mit Sicherheit annehmen, daß die Summe, welche für den Militär-Etat in Anspruch genommen würde, ohne erhebliche Anstrengung aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden könne. In dem Etat für 1863 seien neben den Bedürfnissen für die Armee-Organisation, erhöhte Ausgaben für alle Zwecke der Verwaltung vorgesehen und es sei mit Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage nicht gerechtfertigt, an sich zweckmäßige Maßregeln zu unterlassen. Noch jüngst seien bei dem französischen Handelsvertrage bedeutende Zollerleichterungen unter allgemeiner Zustimmung genehmigt, wiewohl Niemand sich verhehlen konnte, daß dadurch bedeutende Einnahme-Ausfälle eintreten würden. Was die große Verwickelung betreffe, auf welche hingewiesen sei, so wolle es ihm scheinen, daß die Schwierigkeiten nicht deshalb leichter zu beseitigen seien, wenn an sich zweckmäßige Maßregeln verhindert würden. Die Regierung könne dem Hause mit voller Ueberzeugung die Annahme des Gesetzentwurfs empfehlen.

Dr. Brüggemann bemerkt für den Commissions-Antrag: Preußen müsse an der Spitze Deutschlands auch in dieser Sache stehen, und dürfe nicht hinter den andern deutschen Staaten zurückbleiben, und wiederholt im Uebrigen die Ausführungen des Regierungs-Commissars.

Graf Voß-Buch gegen das Gesetz, weil es nicht zeitgemäß sei, da man den Städten nicht eine Erleichterung gewähren dürfe, die man nicht auch gleichzeitig dem Lande gewähren könne.

Der Regierungs-Commissar Philippsborn bemerkt auf eine desfallsige Aeußerung des Vorredners, daß eine Mißstimmung auf dem Lande durch die beabsichtigte Maßregel nicht werde erregt werden. Die Postverwaltung arbeite consequent auf Vermehrung der Postanstalten hin. Seit 12 Jahren seien dieselben um 500, um ein Drittel der früheren Zahl vermehrt worden, im Budget von 1863 sei die Errichtung einiger achtzig in Aussicht genommen. Sonach würden auch die Landbewohner allmählich mehr und mehr die Möglichkeit erhalten, die Briefe selbst abzuholen.

Auch Herr v. Kleist-Retzow sieht in dem Gesetzentwurfe eine finanzielle Gefahr und eine Ungerechtigkeit gegen das flache Land, und stimmt deshalb „mit schwerem Herzen" gegen denselben.

Ebenso Herr v. Waldau: Es sei ja schon vorgekommen, daß ein Finanzminister sich irre, daß ein Gouvernement sich irre, sogar schon, daß ein Professor der Nationalökonomie sich irre. Und in diesem Falle befinde sich auch Herr Baumstark. Auch die Ausführungen des Regierungs-Commissars seien nicht geeignet, die thatsächliche Ungleichmäßigkeit der Besteuerung zwischen Stadt und Land wegzudeduciren.

Wenn Preußen sich auch in dieser Frage einmal isolire, würde er das nicht für ein so großes Unglück ansehen. Mit Freuden habe er heute von dem Finanzminister gehört, daß unsere Finanzen sich in einem so blühenden Zustande befinden, und neue Abgaben nicht erforderlich sein würden. Er werde sich erlauben, den Herrn Minister an dieses Versprechen zu erinnern, wenn wieder neue Steuervorlagen an das Haus kommen sollten, wenn er auch nicht glaube, daß dies sehr viel helfen würde, denn heute sage man, es sei Geld im Ueberfluß vorhanden, morgen könne es wieder fehlen. — Bei der Specialdiscussion über den § 1 wiederholt Herr v. Meding, daß er die Vorlage aus finanziellen und politischen Gründen nicht für zeitgemäß halte; aber die Lage sei jetzt anders, als damals, wo die Regierung die Vorlage eingebracht habe; die Regierung könne in die Lage kommen, ohne Budget zu regieren; da müsse sie sich die vorhandenen Einnahmequellen erhalten, weil sie sich neue dann nicht schaffen könne. (Lebhafte Zustimmung von Herrn v. Kleist-Retzow und einigen andern Mitgliedern.)

Die Abstimmung über § 1 ist zweifelhaft; bei Namensaufruf wird derselbe mit 32 gegen 30 Stimmen angenommen. Die beiden Minister Graf Itzenplitz und Graf zur Lippe stimmen für das Gesetz. Mit Nein stimmen: v. Below, Graf Brühl, v. Buddenbrock, Graf Carmer, Götze, Gr. Görschen, v. Hellermann, v. Karstedt, v. Kleist-Retzow, Graf v. Königsmark (Plauen), Graf Löben, v. d. Marwitz, v. Meding, v. Plötz, v. Rochow-Plessow, Graf v. d. Schulenburg (Emden), Baron v. Senff, Graf zu Solms-Baruth, Graf Eberhard v. Stolberg-Wernigerode, Uhden, Graf v. Voß-Buch, beide v. Waldow, v. Winterfeld, Graf Zech-Burkersroda u. a.

Der § 2 wird ohne Discussion angenommen; ebenso das ganze Gesetz.

Damit schließt die Sitzung um 3¼ Uhr. Nächste Sitzung morgen 12 Uhr.

Berlin, 10. Sept. Das dem Salinenförster J. Köhr zu Saline Schönebeck bei Magdeburg unter dem 16. Juni 1861 ertheilte Patent „auf ein Gewehrschloß mit Perkussion in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ohne Jemand in der Benutzung der bekannten Theile zu beschränken" ist aufgehoben.

Das dem Maschinenbauer C. Held in Berlin unter dem 31. Juli 1861 ertheilte Patent auf eine Pumpen-Construction in ihrer ganzen, durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung ist aufgehoben.

Bekanntmachung. Zu Apolda, im Großherzogthum Sachsen-Weimar, wird am 15. September d. J. eine preußische Telegraphen-Station mit beschränktem Tagesdienste (cfr. § 4 des Reglements für die telegraphische Correspondenz im deutsch-österreichischen Telegraphen-Verein) eröffnet werden.

Das 30. Stück der Gesetzsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 5582 den Vertrag zwischen Preußen und Baiern über die Einquartierung und Verpflegung königlich preußischer Truppen in Baiern, so wie über die Vorspannleistung an dieselben. Vom 14. Juni 1862.

Am Gymnasium zu Stendal ist die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Dr. Moritz Müller als ordentlicher Lehrer genehmigt worden. (St.-A.)

Berlin, 10. Sept. [Vom Hofe.] Se. kgl. Hoh. der Kronprinz hat sich heute Mittags am großherzoglichen Hofe zu Karlsruhe verabschiedet und die Rückreise nach Potsdam angetreten. Höchstderselbe trifft morgen Vormittags 9 Uhr, von dem Adjutanten Hauptmann v. Lucadou begleitet, auf dem Stationsorte Großbeeren ein, verläßt hier die Bahn und begiebt sich zu Wagen nach Potsdam. — Ihre kaiserliche Hoheit die Frau Großfürstin Marie von Rußland, Herzogin von Leuchtenberg, hat gestern Abend ihre Rückreise nach St. Petersburg fortgesetzt. Bei der Abreise war die russische Gesandtschaft auf dem Bahnhofe anwesend.

Pl. **Berlin,** 10. Sept. So wäre der Vorabend der Militär-Debatte herangekommen. Es herrscht in der That eine höchst eigenthümliche Stimmung in der Stadt; alle Welt ist in Spannung — was wird geschehen? Während ich diese Zeilen schreibe, findet im Hotel des Staatsministeriums Ministerrath statt, man beräth die Taktik, welche der Ministertisch bei den Debatten beobachten soll, man stellt endgiltig jene Erklärung fest, über welche so viel unrichtige Angaben verbreitet worden sind. Die Breslauer Zeitung hat durch des gegenwärtigen Correspondenten Mittheilung zuerst die Absicht der Regierung, eine detaillirte Erklärung abzugeben, gemeldet. Im Wesentlichen ist diese Absicht ausgeführt worden; es ist nichts weniger als ein Programm, sondern eine mündliche, oder besser gesagt, gesprochene, verlesene Motivirung des Militär-Etats unter Hinzufügung der Grenzen, welche die Regierung innezuhalten gedenkt. Die Grundzüge der Erklärung waren Sr. Majestät dem Könige am Sonntage vorgelegt und von Allerhöchstdemselben gebilligt worden. Einzelheiten sollen heute noch festgestellt werden. Nun waren darüber die fabelhaftesten Dinge verbreitet. Unter Anderem sollte ein Entgegenkommen gegen die vermittelnden Resolutionen Sybel, Stavenhagen 2c. erfolgen, dies ist, wie ich verbürgt melden kann, eine leere Erfindung! Ich erfahre aus sehr unterrichtetem Munde, daß von einem Nachgeben der Regierung bis zur Stunde noch nicht die Rede ist. Das Eintreffen einer telegraphischen Depesche von Karlsruhe mit einem Befehle des Königs, wurde als Möglichkeit für eine Aenderung bezeichnet. Das Geheimniß, womit die ganze Haltung der Regierung in den bevorstehenden Debatten umhüllt ist, macht die Fractionen des Abgeordnetenhauses über die von ihnen einzunehmende Stellung unsicher. Heute waren alle in den letzten Tagen verreisten Abgeordneten wieder hier anwesend, und die beiden großen liberalen Fractionen halten heute Abend um 9 Uhr Berathung über die Reihenfolge der Redner. Man glaubt die General-Debatte in 2—3 Tagen zu beenden, dabei wird wahrscheinlich die Sonnabend-Sitzung ausfallen müssen, da in Potsdam unter Anwesenheit der Minister die Taufe des jüngstgeborenen Prinzen stattfindet. Die Ansichten über die Meldung zur Rednerliste sind getheilt, viele, wie Harkort, Bockum-Dolffs 2c., sind gegen massenhafte Reden, sie meinen, die Majorität des Hauses und des Landes sei einig in der Militärfrage, da heiße es also, nicht reden, sondern beschließen und stimmen; Andere dagegen, die nicht in der Commission zum Worte gekommen, meinen: man müsse dem Lande die Beschlüsse auch motiviren. Die Anzahl der letzteren scheint nicht gering, man zählt bereits heute vierzig Redelustige. Genug, es stehen uns heiße Tage bevor. Ihre Folgen kann heute noch Niemand absehen; gern verschwiege ich, was sich heute Männer erzählten, die sonst weder zu den Plauderlustigen, noch zu den Pessimisten gehören: die Auflösung des Abgeordnetenhauses und die Octroyirnng eines Wahlgesetzes seien beschlossene Sache. Hoffentlich ist dies eine leere Erfindung allzu besorgter Gemüther, und in diesem Falle wäre ich eben nur — der Vollständigkeit wegen genöthigt gewesen, meine Mittheilung nicht zu unterlassen.

— Die „Berliner Allgem. Ztg." schreibt: In hiesigen politischen Kreisen spricht man viel von der Möglichkeit eines Einflusses, welchen die karlsruher Umgebungen auf die Ansichten unsers Königs ausüben könnten. Wir glauben einigen Grund zu haben, an der Erheblichkeit dieser Einflüsse zu zweifeln. — Der am Sonnabend gehaltene Ministerrath, dem der Kronprinz trotz seiner langen Dauer bis zum Schluß beiwohnte, soll zu keinem definitiven Resultat gekommen sein.

Bromberg, 8. Sept. Der Schulze Brunk in Pawlowke, der die mehrfach besprochene Loyalitäts-Adresse colportirt hat, hatte die Mittheilung der „Bromb. Ztg.", er habe verschiedene Unterschriften zu der Adresse durch die Angabe abgepreßt, dieselbe ginge von der Regierung aus, für eine „infame Lüge" erklärt. Die „Bromb. Ztg." ist jetzt in der Lage, zum Beweise ihrer Behauptung eine Erklärung zu veröffentlichen, mit welcher die Adresse in Pawlowke versehen worden ist. Diese lautet: „Gegenwärtiges Circulär, welches angeblich von der königlichen Regierung ausgeht, können wir nur mit der besonderen Bemerkung unterschreiben: daß wir mit der Majorität des Abgeordnetenhauses in jeder Beziehung vollkommen einverstanden sind und nicht gewillt, durch eine lügenhafte Erklärung unseren hochverehrten König zu hintergehen und durch eine solche Nichtswürdigkeit den Conflict

zwischen dem König und seinem getreuen Volke zu fördern. Zu unserer Verwunderung haben wir gefunden, daß ein großer Theil der vorstehenden Unterschriften Minorennen und Kindern (sogar fünfjährigen) angehört, und daß auch der größte Theil der übrigen Namen gezeichnet ist, ohne daß die Inhaber den Sinn des Circulärs begriffen haben." Unterschrieben ist diese Erklärung von 11 ansässigen und achtbaren Männern (mehreren Gutsbesitzern, einem Schulzen, einem Wirthschafts-Inspektor, einigen Handwerkern und mehreren Bauern). Die „Bromb. Ztg." wird in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung der Unterschriften autorisirt sein. — Eine zweite Erklärung auf derselben Adresse lautet: „Nachdem wir die uns von dem Schulzen Brunk vorgelegte Adresse an Se. Majestät den König, angeblich von der Regierung ausgehend, unterzeichnet haben, erklären wir Nachunterzeichnete ausdrücklich, daß wir, nachdem uns der wirkliche Sachverhalt von Männern, die es treu mit dem König und Volk, mithin auch mit unseren Vertretern im Abgeordnetenhause halten, auseinandergesetzt ist, unsere ersten Unterschriften zurückziehen und mit voller Ueberzeugung der vorstehenden Unterschrift beitreten. Riemer. Schleusner. Wilh. Kunz." (Stett. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 9. Sept. [Hohe Reisende.] Se. kgl. Hoheit der Kronprinz von Preußen ist gestern Vormittag auf der Reise nach Karlsruhe hier angekommen und setzte die Reise nach eingenommenem Dejeuner fort. Irrthümlich ließ ein hiesiges Blatt J. k. H. die Frau Kronprinzessin ihren Gemahl begleiten, wahrscheinlich dadurch veranlaßt, daß sich auf demselben Zuge die Frau Herzogin von Koburg-Gotha befand, die sich gleichfalls nach Karlsruhe zur heute stattfindenden Tauffeierlichkeit begab. Gestern Abends ½11 Uhr trafen sodann Se. Maj. der König hier ein und nahmen im russischen Hofe Ihr Absteigequartier. Das Hotel war mit preußischen Fahnen dekorirt und glänzend erleuchtet. Se. Majestät hatten sich jeden offiziellen Empfang verbeten und setzten heute Vormittags 8 Uhr die Reise nach Karlsruhe fort. (Sternz.)

Heidelberg, 7. Sept. [Katzenmusik.] Vorgestern Abend brachte eine Anzahl hier studirender Polen und Russen dem russischen General Paniutin, welcher sich vorübergehend hier aufhielt, eine Katzenmusik. Von der alsbald einschreitenden Polizei aufgefordert, sich zu zerstreuen, gehorchten sie nicht, versuchten sogar, sich gegen dieselbe zur Wehre zu setzen. Es kam deshalb zur Gewalt, wobei einige Hiebe fielen, jedoch nur mit flacher Klinge, so daß irgend eine Verwundung von Bedeutung nicht vorgefallen ist.

Kassel, 6. Sept. [Ein heftiger Principienstreit zwischen Regierung und Ständen] wird, wenn er auch in der Frage wegen des bleibenden Ausschusses umgangen werden sollte, doch wegen der Wahl des Redacteurs Trabert entstehen. Unzweifelhaft wird dessen Wahl von der Regierung angefochten werden, weil ihm die Nationalcocarde aberkannt ist. Die Stände werden sicherlich erwidern, es sei dies von einem unzuständigen Gericht geschehen; denn es erfolgte die Verurtheilung 1850 durch ein Kriegsgericht (nicht, wie ich neulich angab, durch ein ordentliches), und es läßt sich auch die vielfach vernommene Meinung nicht halten, daß schon das bloße Erleiden jener Strafe wahlunfähig mache, indem dieselbe den Charakter einer Strafe eben nur bei einer Zuständigkeit des Gerichts hat. Es führt diese Sache also zur Geltendmachung des allein richtigen Standpunkts, wonach aus der Zwischenzeit nichts für legal zu betrachten ist, während die Regierung bekanntlich von der Rechtmäßigkeit jenes in der Mitte liegenden öffentlichen Zustandes ausgeht. Es ist sehr erfreulich, daß die Sache jedenfalls zum Austrage kommt, da gar mancher aus der Verfassungspartei, bewogen durch die großen Mißlichkeiten, zu welchen jene Ansicht führt, derselben nicht unbedingt beipflichtet. Die Nothwendigkeit einer Remedur darf keine Irrung im Prinzip herbeiführen. (D. A. Z.)

Bremen, 10. Sept. [Schnellfahrt aus Amerika.] Der dem norddeutschen Lloyd gehörige Dampfer „Hansa", Capitän v. Santen, der am 30. August von New-York mit voller Ladung und 140 Passagieren auslief, ist, nach so eben eingetroffener Nachricht, heute Morgen 6 Uhr in Hurst-Castle nach nur zehntägiger Reise angekommen, hat mithin die Ueberfahrt in der kürzesten Zeit zurückgelegt, die bisher ein deutscher Dampfer gebraucht. (B. B.-Z.)

Hamburg, 6. Sept. [In Betreff der vielfach besprochenen Gesandtschafts-Expedition der Hansestädte] nach Japan erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß es sich dabei zunächst darum handelt, der Flagge der Hausestädte auch diejenige offizielle Anerkennung nebst den daran sich knüpfenden Handelsvortheilen zu sichern, welche ihnen nach dem Range und der kommerziellen Bedeutung in den dortigen Gewässern — sie nimmt daselbst faktisch den dritten Rang ein, unmittelbar hinter England und Nordamerika — schon gebührt. Obgleich die Anknüpfung von diplomatischen Verbindungen zunächst Sache der Regierungen ist und gerade in den drei Hansestädten alles, was den Handelsverkehr und die Schifffahrt befördert, dem ganzen Staate zu gute kommt, so ist diesmal die Anregung zu jener Expedition von einer Anzahl hiesiger Privaten ausgegangen, welche als erste Maßregel Geldbeiträge dazu zusammenbringen und diese den Senaten der drei Städte zum angegebenen Zweck zur Disposition stellen wollen. Die andern Schritte werden sich später ergeben.

Schweiz.

Bern, 6. Septbr [Das italienische Nationalschießen.] Kaum haben die öffentlichen Blätter das Schreiben mitgetheilt, worin die General-Direktion des italienischen Nationalschießens sich Mühe giebt, die Mißverständnisse zu heben, welche das Organisations-Comite des eidgenössischen Schützenfestes veranlaßt hatten, von einem offiziellen Besuche nach Turin abzusehen, so ist die Sache in ein neues Stadium getreten. Dem Bundesrathe ist nämlich aus Turin die offizielle Mittheilung zugekommen, daß das italienische Nationalschießen auf den Monat Juni 1863 verschoben worden ist, eine Nachricht, die unter andern Umständen kaum großes Aufsehen gemacht haben würde, die aber durch die jüngsten Ereignisse in Italien eine besondere Bedeutung erhält. Die Regierung des Königs Victor Emanuel fürchtet, daß das Nationalschießen zu Demonstrationen zu Gunsten Garibaldis benutzt werden möchte; deshalb will sie durch die Verschiebung des Volksfestes das Zusammenströmen gefährlicher Elemente verhindern. Das ist der Commentar, den man aus dem Bundespalais erhält und der übrigens auf der Hand liegt. (K. Z.)

Rußland.

St. Petersburg, 6. Sept. [Verurtheilung.] Heute Morgen wurde auf dem Mitriuskaplatz öffentlich das Straferkenntniß gegen den ehemaligen Sakristan der Palastkapelle, Sergius Tschiskiakoff, bekannt gemacht; derselbe ist wegen Kirchendiebstahls zum Verlust der Ehrenrechte und Zwangsarbeit auf 4½ Jahre verurtheilt worden. Diese Untersuchung hat über zwanzig (??) Jahre gedauert. (Sternz.)

? **Breslau,** 11. Sept. [Feuer.] Heute Früh gegen 1¾ Uhr brach in dem Hause Matthiasstraße 50 (zum Elbing gehörig) auf eine bis jetzt unaufgeklärte Weise ein Feuer aus; Besitzer des Hauses sind die Giesel'schen Erben, und wird dasselbe von dem Droschkenbesitzer Kattge allein bewohnt. Gestern will, nach seiner Aussage, Niemand von den Seinen auf dem Bodenraume, welcher mit Stoh gefüllt war, gewesen sein; auch ging er mit den Seinen (Frau und Kind) zeitig zu Bette. Diese Nacht wurde er durch das Feuer, was über der Scheuer ausgebrochen zu sein schien, und sich schnell über das ganze Dach verbreitete, geweckt, konnte sich nicht einmal vollständig ankleiden, sondern mußte sich durch das Fenster seiner Wohnstube sammt Frau und Kind flüchten. Er eilte nur schnell zum Stall, um sein Pferd zu retten. Die Thür war verschlossen. Kaum geöffnet, dringen die Gluthen ihm entgegen, das Pferd verbrannte, ebenso die Droschke und ein Schlitten. Dies Alles muß das Werk weniger Minuten gewesen sein; alsbald kam die Feuerwehr und löschte den Dachraum. Der Feuer-Rettungs-Verein war zahlreich vertreten, doch konnte er zuletzt erst einigermaßen in Thätigkeit treten, indem man, nachdem der Dachstuhl gelöscht war, in das Wohnzimmer vordringen und so den Ueberrest dessen, was nicht verbrannt war, retten konnte. Um 2½ Uhr konnte man das Feuer als beendet ansehen. Herr Polizei-Präsident v. Ende war anwesend, ebenso zwei Polizei-Inspectoren.

Breslau, 11. Septbr. [Diebstähle.] Gestohlen wurde: auf der Mühlgasse eine Radwer von erlenem Holze.

Verloren wurde: ein goldener Fingerring mit der Inschrift „Peltz" und einer Jahreszahl.

Gefunden wurde: ein Granaten-Halsband.

Im Laufe letztverflossener Woche sind hierorts durch Scharfrichter-Knechte 29 Stück Hunde eingefangen worden. Davon wurden ausgelöst 15, getödtet 4, die übrigen 10 Stück dagegen noch am 8ten d. Mts. in der Scharfrichterei in Verwahrung gehalten. (Pol.-Bl.)

△ **Brieg,** 10. Sept. Heute ist das Urtel in dem Preßprozesse wider den Buchhändler Herrn Bänder, früheren Redacteur des „Brieger Wochenblattes" (s. Nr. 413 d. Bresl. Ztg.), publicirt worden. Es lautet auf „Schuldig" und verurtheilt den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 10 Thlr. oder 4tägiger Haft und Tragung der Kosten, so wie endlich auf Vernichtung nicht nur der Druck-Exemplare, sondern auch der Formen und des Drucksatzes.

⊚ **Gleiwitz,** 8. Sept.*) [Turnfahrt. — Schulwesen. — Vereinsleben.] Als eine erfreuliche Wirkung des hier im August d. J. gefeierten Turngaufestes scheint es angesehen werden zu dürfen, daß sich vor wenigen Tagen in dem benachbarten, industriellen Zabrze ein Turnverein gebildet hat. (S. gestr. Bresl. Z. „Turnzeitung.) Das Zustandekommen desselben wurde bei den dortigen, solchen Zwecken nicht sehr günstigen Socialverhältnissen nicht ohne Schwierigkeit ermöglicht. Diesen jungen Verein zu begrüßen, wurde gestern von der Mehrzahl der hiesigen Turngenossen eine Turnfahrt nach Zabrze veranstaltet. Mehrfache Ansprachen herzlicher Bewillkommnung und Erwiederung wechselten mit Liedern und fleißigen Turnübungen; in letzter Beziehung wurde im Allgemeinen Gutes, von Vielen Ausgezeichnetes geleistet. Das größte Interesse erregte das Preisturnen im Weitspringen; der Sieger, Herr Schlossermeister Jellien von hier, erhielt als Ehrenpreis einen Dukaten, den er in edler Uneigennützigkeit als erstes Scherflein zum Bau einer Turnhalle in Gleiwitz darbrachte. Einen weiteren Beitrag, über 6 Thlr., zur Erreichung dieses schönen Zweckes lieferte die wiederholte Versteigerung der dem genannten Herrn beim Wettkampfe abgelösten Schuhabsätze, — ein Act, der natürlich unerschöpfliche Heiterkeit hervorrief. — Wie wir hören, wird Herr Dr. Liebrecht, welcher seit Januar 1856, also fast seit Eröffnung der hiesigen israel. Gemeindeschule, dem Lehrercollegium desselben angehört, zu Ostern k. J. seine gegenwärtige Stellung verlassen, um einem Rufe als Director der israel. Gemeindeschule zu Altona zu folgen. — Das populärwissenschaftliche und Vereinsleben verspricht, nach dessen schon jetzt beginnendem Wiederaufleben zu urtheilen, im Winter einen recht gedeihlichen Aufschwung zu nehmen. Der sehr strebsame Verein „junger Kaufleute" hat, wie wir hören, bereits Vorkehrungen getroffen, gleichwie im vorigen Jahre, wissenschaftliche Vorträge zu veranstalten und zu diesem Zwecke den Schuldirigenten Herrn Dr. W. Freund für 6 Vorträge aus dem Gebiete der neueren Geschichte gewonnen. Es steht zu erwarten, daß auch andere durch Bilduug und Stellung hierzu berufene Männer um eine ähnliche Bethätigung werden angegangen werden. Auch der „kaufmännische Verein" dürfte in dieser Beziehung hinter seinen vorjährigen Bestrebungen nicht zurückbleiben. Schließlich die Notiz, daß das von der königl. Regierung zu Oppeln concessionirte, unter Leitung des Hrn. Dr. Liebrecht stehende Institut für Handlungsbeflissene Anfangs November seine Unterrichtscurse wieder beginnen wird.

*) Wir bitten fortzufahren. D. Red.

Breslau, 10. Sept. [Personal-Chronik.] Ernannt: Der seitherige Kreisbaumeister Zölffel zu Wohlau zum Bau-Inspector in Reichenbach, der seitherige Baumeister Klein zum Kreisbaumeister in Wohlau.

Bestätigt: Die Vocation für den Lehrer Müller zum evang. Schullehrer in Schreibersdorf, Kreis Wartenberg.

Befördert: Der Appellationsgerichts-Referendarius Roseno zu Glogau zum Gerichts-Assessor.

Versetzt: Der Gerichts-Assessor Graf v. Reventlow in das Departement des Kammergerichts, der Referendarius Dr. Jordan aus dem Departement des Kammergerichts an das Kreisgericht zu Glogau, der Büreau-Diätar Seidelmeyer zu Bunzlau an das Kreisgericht zu Liegnitz, der Büreau-Diätar Hollstein zu Löwenberg an das Kreisgericht zu Lüben vom 1. Dezember ab, der Büreau-Diätar Junge zu Görlitz an das Kreisgericht zu Löwenberg vom 1. November ab, der Hilfsunterbeamte Sucker zu Guhrau an die Gerichts-Commission zu Priebus.

[Vermächtniß.] Der zu Breslau verstorbene Kaufmann Friedrich Wilhelm Knetschowsky hat dem Taubstummen-Institut daselbst 500 Thlr. letztwillig zugewendet.

Breslauer Sternwarte.

10. Sept. 10 U. Abds.	27 7,30	+13,2	O. 1.	Ueberwölkt.
11. Sept. 6 U. Morg.	27 6,59	+11,8	S. 0.	Heiter.

Wasserstand.

Breslau, 11. Sept. Oberpegel: 13 F. 2 Z. Unterpegel: — F. 9 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 10. Sept., Nachm. 3 Uhr. Die Rente eröffnete bei starken Angeboten zu 69, 57, hob sich 69, 70 und schloß zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93¾ eingetroffen. — Schluß-Course: 3proz. Rente 69, 65. 4½proz. Rente 96, 70. Italienische 5proz. Rente 70, 90. 3proz. Spanier 48¼. 1proz. Spanier —. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 478. Credit-mobilier-Aktien 946. Lomb. Eisenbahn-Aktien 607. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 10. Septbr., Nachm. 3 Uhr. Consols 93⅝. 1proz. Spanier 44¼. Mexikaner 31⅜. Sardinier 82. 5prz. Russen 93½. Neue Russen 93.

Wien, 10. Sept., Mittags 12 Uhr 30 Min. Börse etwas matter. 5proz. Metall. 71, —. 4½proz. Metall. 62, 75. Bank-Aktien 791. Nordbahn 195, 20. 1854er Loose 90, 50. National-Anleihe 83, 10. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 242, 50 Creditaktien 215, 60. London 127, 70. Hamburg 95, 10. Paris 50, 60. Gold —, —. Silber —, —. Böhmische Westbahn 159, 50. Lombardische Eisenbahn 281, —. Neue Loose 131, 80. 1860er Loose 91, —.

Frankfurt a. M., 10. Sept., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Oesterr. Effekten bei beschränktem Umsatz etwas niedriger. — Schluß-Course: Ludwigshafen-Berbach 138¼. Wiener Wechsel 92⅛. Darmst. Bankaktien 229. Darmst. Zettelbank 249. 5proz. Metall. 54. 4½proz. Met. 48⅛. 1854er Loose 70. Oesterr. National-Anleihe 63¾. Oest.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 225. Oesterr. Bank-Antheile 729. Oesterreich. Credit-Aktien 196. Neueste österr. Anleihe 71¾. Oesterr. Elisabet-Bahn 121½. Rhein-Nahe-Bahn 29¼. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 129⅜.

Hamburg, 10. Sept., Nachm. 2 Uhr 30 Minuten Börse geschäftslos. Norddeutsche Bankaktien lebhaft. Schluß-Course: National-Anleihe 64½. Oesterr. Credit-Aktien 82⅞. Vereinsbank 102 Norddeutsche Bank 98¼. Rheinische 95⅞. Nordbahn 64¾. Disconto —. Wien —. Petersburg —.

Hamburg, 10. Sept. [Getreidemarkt.] Weizen loco still, ab auswärts unverändert. Roggen loco fest, ab Ostsee, Königsberg pr. Herbst zu 80—81, pr. Frühjahr zu 75 Verkäufer. Oel pr. Oktbr. 30⅝, pr. Mai 29⅜. Kaffee fest, namentlich feine Sorten. Zink 2500 Ctr. loco 11 Mk. 12 Schill.

Liverpool, 10. Septbr. [Baumwolle.] 1000 Ballen Umsatz. — Preise 2 niedriger.

London, 10. September. Getreidemarkt (Schlußbericht). In Getreide sehr beschränkter Umsatz. — Wetter regnerisch.

Amsterdam, 10. September. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen stille. Roggen ohne wesentliche Veränderung. Raps Oktober 81½, April 83½. Rüböl Herbst 47, Mai 47¼.

Berlin, 10. Sept. Die mattere Haltung der auswärtigen Börsen, nicht blos durch die gestrigen pariser, sondern auch durch die heutigen wiener Course constatirt, brachte eine gewisse Stockung in die eigentlichen Speculationspapiere. Sie waren zwar kaum nennenswerth gewichen, die Geschäftslust aber außerordentlich eingeschränkt und eher Neigung zum Verkaufen als zum Kaufen wahrzunehmen. Auch der Eisenbahnactien-Markt blieb von einem gewissen Druck nicht frei. Im Ganzen aber war dieses Gebiet trotz der nicht zu verkennenden Gedrücktheit dann doch fest, eine Haltung, welche diese Effektengattung namentlich dem Einfluß der zuletzt bekannt gewordenen außerordentlich günstigen August-Einnahmen verdankt. Da diese hauptsächlich die Oberschlesische und Stargard-Posener Bahnen in das günstigste Licht stellen, so waren deren Actien denn auch vor allen andern beliebt, und Stargard-Posener heute eigentlich das einzige Papier, das überhaupt einen großen Verkehr gehabt. Der größte Theil der Devisen in allen Effectenkategorien war sonst still, häufig ganz unthätig. Zu constatiren ist übrigens, daß die jetzt beginnenden Berathungen unseres Militärhaushalts auf die Börse gleichfalls lähmend wirken. Die Ungewißheit des Ausganges dieser Krisis bestimmt namentlich zu einer das Geschäft in den inländischen Papieren sichtlich beeinträchtigenden Zurückhaltung. (Bk.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 10. September 1862.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	102¼ bz.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4½	100¼ bz.
dito 1854, 57	4½	102⅛ bz.
dito 1853	4	100¼ bz.
dito 1859	5	108 bz.
Staats-Schuld-Sch. ...	3½	90¾ bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	126½ bz.
Berliner Stadt-Obl. ..	4½	103 G.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärker	3½	92⅞ bz.
dito dito	4	101¾ G.
Pommersche	3½	91¾ bz.
dito neue	4	101⅛ B.
Posensche	4	104¾ G.
dito	3½	99 G.
dito neue	4	99 G.
Schlesische	3½	94¾ bz.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärker	4	100⅛ bz.
Pommersche	4	100 G.
Posensehe	4	100 bz.
Preussische	4	99⅞ G.
Westf. u. Rhein..	4	99¾ bz.
Sächsische	4	100⅜ B.
Schlesische	4	100⅜ G.
Louisdor	—	109⅞ bz.
Goldkronen	—	9. 6½ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall	5	55¾ bz.u.G.
dito 54r Pr.-Anl....	4	71½ B.
dito neue 100 fl.-L.	—	69⅝ bz.
dito Nat.-Anleihe ..	5	65¼ bz.
dito Bankn. n. Whr.	-	79 bz.
Russ.-engl. Anleihe ..	5	94¾ bz.
dito 5. Anleihe	5	88 G.
dito poln. Sch.-Obl.	4	84¼ G.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	88¼ bz.u.G.
Poln. Obl. à 500 Fl. .	4	93 B.
dito à 300 Fl..	5	94½ G.
dito à 200 Fl. .	—	24 G.
Poln. Banknoten	—	88¼ bz.u.G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57½ G.
Baden 35 Fl.	—	31½ G.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld...	3½	3½	86 G.
Aach.-Mastrieht.	3½	4	32 G.
Amst.-Rotterdam	5 1/16	4	90¼ bz.u.G.
Berg.-Märkische	6½	4	111 B.
Berlin.Anhalter	8¼	4	140 B.
Berlin-Hamburg.	6	4	119½ bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	218 bz.
Berlin-Stettiner .	7 1/12	4	128¼ bz.
Breslan-Freibrg.	6⅞	4	135 G.
Cöln-Mindener ..	12¼	3½	182¼ bz.
Franz. St.-Eisenb.	6 7/10	5	126¼ à ½ bz.
Ludw.-Bexbach .	8	4	139 G.
Magd.-Halberst. .	22½	4	— — —
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	45 bz.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	128½ bz.
Mecklenburger ..	2⅞	4	60¾ bz.
Münster-Hammer	4	4	98 B.
Neisse-Brieger ..	3½	4	83¾ bz.
Niederschles.....	4	4	99 G.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	74 bz.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	65¼ à ⅜ bz.
dito Prior	—	4½	— — —
Oberschles. A...	7 9/10	3½	170 bz.
Oberschles. B...	7 9/10	3½	148 bz.
dito C...	7 9/10	3½	170 bz.
dito Prior A...	—	4	— — —
dito Prior B...	—	3½	— — —
dito Prior C...	—	4	— — —
dito Prior D..	—	4	97 B.
dito Prior E...	—	3½	85½ B.
dito Prior F...	—	4½	101¾ G.
Oppeln-Tarnow.	⅚	4	50⅝ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	59½ bz.
Rheinische	5	4	96½ G
dito (St.) Pr...	—	4	101¼ G.
dito Prior	—	4	93½ bz.
dito III. Em...	—	4½	99½ bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	26¾ B.
Ruhrort-Crefeld .	3 11/15	3½	90 G.
Starg.-Posener ..	4	3½	112½ à 113½ etw. à 113 bz.
Thüringer	6⅔	4	126½ bz.
Wilhelms-Bahn .	—	4	58 bz.
dito Prior	—	4	92⅜ B.
dito III. Em. .	-	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	92½ G.
dito dito	—	5	94¾ G.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein .	5 13/30	4	114¾ G.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	93½ bz.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	80⅝ etw. bz.
Bremer „	5⅗	4	104¾ B.
Coburg. Credit A	3	4	78 G.
Darmst. Zettel-B.	8⅝	4	100 etw. bz. u.G.
Darmst. Credb.A.	5	4	91 B.
Dess. Creditb. A.	—	4	3⅝ B.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	96¼ G.
Genf. Creditb. A.	—	4	43¼ bz.
Geraer Bank ...	5¾	4	92¼ G.
Hamb.Nord.Bank	5	4	97 B.
„ Ver.-Bank	5 5/16	4	101½ bz.
Hannov. „	4½	4	99½ B.
Leipziger „	3	4	77½ G.
Luxembrg. „	10	4	102¼ G.
Magd. Priv. „	4 3/10	4	90½ G.
Mein. Creditb. A.	6	4	92 bz.
Minerva Bgwk.A.	—	5	33½ G.
Oester.Creditb.A.	7¾	5	84 bz.
Pos. Prov.-Bank	5 11/30	4	99 B.
Preuss. B.-Anthl.	4 7/10	4½	122½ B.
Schl. Bank-Ver.	6	4	97½ G.
Thüringer Bank	2⅝	4	59 G.
Weimar. Bank..	4	4	83¼ G.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10T.	143⅝ bz.
dito	2 M.	142⅞ bz.
Hamburg............	8 T.	151¾ bz.
dito	2 M.	150¾ bz.
London	3 M.	6. 21½ bz.
Paris..............	2 M.	80 1/12 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	78⅝ bz.
dito...............	2 M.	77⅞ bz.
Augsburg	2 M.	56. 24 G.
Leipzig	8 T.	99⅚ G.
dito	2 M.	99 5/12 bz.
Frankfurt a. M......	2 M.	56. 26 G.
Petersburg	3 W.	98¼ G. 3 M. 97½ G.
Warschau	8 T.	88¼ bz.
Bremen	8 T.	109¾ G.

Berlin, 10. Septbr. Weizen loco 65—78 Thlr. nach Qualität, weißbunter poln. 75½ Thlr. ab Bahn bez., pr. Septbr.-Oktbr. 82pfd. gelber 75 Thlr. bez. — Roggen loco neuer poln. 49¼ Thlr. ab Boden bez., Septbr. und Septbr.-Oktbr. 49½—¼—½ Thlr. bez. und Br., ⅜ Thlr. Gld., Oktbr.-Novbr. 48¼—48 Thlr. bez., Br. und Gld., Novbr.-Dezbr. 47¼—47 Thlr. bez., Br. und Gld., Frühjahr 46⅛—45⅞—46 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 36—40 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 21—23½ Thlr. bez., gelber schlesischer 22¼—22 Thlr. bez., Lieferung pr. Sept. und Septbr.-Oktbr. 22¼—⅜ Thlr. bez., Oktbr.-Novbr. 22½ Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. 22¾ Thlr. Br., Frühjahr 23 Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 50—56 Thlr. — Winterraps 100—105 Thlr. — Winterrübsen 103—103½ Thlr. pr. 1800 Pfd. bez. — Rüböl loco 14⅔ Thlr. bez., Septbr. und Septbr.-Oktbr. 14 17/24—⅝—⅔ Thlr. bez., Br. und Gld., Okt.-Novbr. 14½—11/24 Thlr. bez. und Gld., ½ Thlr. Br., Novbr.-Dezbr. 14½—⅜ Thlr. bez. und Gld., 5/12 Thlr. Br., Dezbr.-Jan. 14 5/12 Thlr. bez., April-Mai 14¼—⅛ Thlr. bez. und Gld., 14¼ Thlr. Br. — Leinöl loco 15 Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 18⅙—1/12 Thlr. bez., Septbr. und Septbr.-Oktbr. 18—17⅚ Thlr. bez. und Gld., 11/12 Thlr. Br., Oktbr.-Novbr. 17 1/12—16¾ Thlr. bez. und Br., 16⅚ Thlr. Gld., Novbr.-Dezbr. und Dezbr.-Jan. 16⅞—½ Thlr. bez. und Gld., ⅚ Thlr. Br., Jan.-Febr. 16⅔ Thlr. Br., 16 7/12 Thlr. Gld., April-Mai 17⅛—16⅞ bez.

Weizen vernachlässigt. Roggen loco nur Kleinigkeit gehandelt. Termine wurden bei reichlichen Offerten zu langsam nachgebenden Preisen mäßig umgesetzt und schließen zu den Notirungen fest. Gekündigt 1000 Ctnr. Hafer, Termine niedriger. Gekündigt 600 Ctnr. Rüböl verkehrte in matter Haltung und wurden alle Termine bei überwiegendem Angebot und beschränktem Verkehr billiger erlassen. Frühjahrsicht blieb mehr beachtet. —

✲ **Breslau,** 11. Septbr. Wind: West. Wetter: schön. Themometer Früh 13° Wärme. Barometer 27" 8½'''. Bei mittelmäßigen Zufuhren war der Geschäftsverkehr des heutigen Marktes vorherrschend still, vor Allem zeigte sich

Weizen vernachlässigt und mußte billiger erlassen werden; pr. 85pfd. weißer 77—86 Sgr., gelber 77—83 Sgr., galizischer 74—79 Sgr. — Roggen fest, in den mittleren Qualitäten mehr beachtet, wie in diesen Tagen; pr. 84pfd. 52—54—57—59 Sgr. — Gerste ohne bemerkenswerthe Aenderung; pr. 70pfd. 39—41 Sgr. — Hafer flau; pr. 50pfd. schlesischer 22—24 Sgr. — Erbsen und Wicken geschäftslos. — Rapskuchen 51—54 Sgr. — Oelsaaten sehr fest und höher bezahlt, feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Schlaglein fest.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen........	75—82—87	Wicken	36—38—41
Gelber Weizen	75—82—84		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	52—55—59	Schlag-Leinsaat	170—180—195
Gerste................	37—39—42	Winter-Raps.......	215—230—246
Hafer	22—24—26	Winter-Rübsen	200—220—236
Erbsen	45—50—54	Sommer-Rübsen	190—205—216

Kleesaat, rothe 8—10—12—14 Thlr., weiße 9—11½—14½—16½ Thlr., neue 14—17—19 Thlr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 18—22 Sgr., Metze ¾—1¼ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 14⅓ Thlr., Herbst 14¼ Thlr. Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 17 Thlr., Herbst 16 5/12 Thlr.

Posen, 10. September. Wetter: schön. Roggen: matt. Gek. — Wispel. Loco per d. Monat 42⅜ Br., September-Oktober 41⅚ Gld., 11/12 Br., October-November 41½ bez. u. Br., November-Dezember 41 bez., Dezember-Januar 41 Gld., Januar-Februar —, Frühjahr 1863 41 bez. u. Br.

Spiritus: flau. Gek. 6000 Qrt. Loco per d. Monat 16⅔—⅝—½ bez. u. Gld., Oktober 16⅜—⅓ bez., Gld. u. Br., November 15⅞ bez., ⅚ Br., Dezember 15¾ Br. u. Gld., Januar 1863 do., Frühjahr 16⅙ bez. u. Br. Hartwig Kantorowicz Söhne.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.